

Riesner Tageblatt



Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesa,
Fennel Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grotzschütz, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Verden 1534,
Stroßhof:
Riesa Nr. 22.

Nr. 45.

Sonnabend, 22. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Adressen 10 Pfennig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigenpreise sind keine Anpreisung auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung der Bezugspreise. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der österreichische Bundeskanzler Schober in Berlin.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober ist am Sonnabend morgen mit dem fahrplanmäßigen Wiener Schnellzug in der deutschen Reichshauptstadt eingetroffen. Was uns an diesem Besuche besonders interessiert, sind die politischen Beziehungen, die für Sonnabend nachmittag und den Montag vormittag angesetzt sind. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung sich amtlich über die Verhandlungsobjekte aussweltet, doch vermögen wir auf Grund besonderer Informationen mitzutellen, daß es sich hierbei vornehmlich um zwei Fragenkomplexe handelt: Die deutsch-österreichische Rechtsangleichung und die Ueberprüfung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Die kriminalistische Kommission des österreichischen Nationalrats hat die erste Lesung des Strafgesetzentwurfs bereits vor zehn Tagen beendet. Jetzt ist am 21. d. Mts. mit der ersten Lesung dieser Gesetzesvorlage, die in Wien und Berlin den gleichen Wortlaut hat, fertig geworden. Schon vor einigen Tagen kam aus Wien die Anregung nach einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentsausschüsse, wie wir sie bereits im letzten Jahre in Wien erlebten. Man empfindet es in Oesterreich als eine juristische Notwendigkeit, daß sich die Mitglieder dieser Ausschüsse treffen und ausprechen, da die Anschauungen vornehmlich auf zwei Gebieten wesentlich auseinandergehen. Die Mehrheit des Wiener Ausschusses hält an der Beibehaltung der Todesstrafe fest, während in Berlin die Regierung beabsichtigt, die Todesstrafe abzuschaffen. Noch viel schärfer sind die Gegensätze in zahlreicheren Fragen, die das Eherecht mittelbar oder unmittelbar berühren. Es darf erwartet werden, daß anlässlich des Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers zunächst eine Einigung über den Ort und die Zeit einer gemeinsamen Ausschusssitzung stattfindet.

Wesentlich schwieriger sind die wirtschaftlichen Fragen, die sich in letzter Zeit in den Vordergrund drängen. Zahlreiche Wirtschaftskreise bei uns, noch zahlreichere in Oesterreich, verlangen eine gründliche Revision des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Alle die Bemühungen während der letzten 1 1/2 Jahre kamen aber nicht über Dezentralen-Besprechungen der interessierten Fachverbände hinaus. Die Reichsregierung selbst verhielt sich so zurückhaltend, daß die Freunde des Anschlusses unwillkürlich an die 300 Wirtschaftsführer erinnert wurden, die nach einem Worte Walthers Rathenaus Deutschland reisen sollten. Eine gemeinsame Aussprache der landwirtschaftlichen Sachverständigen ließ gerade auf unüberwindliche Hemmnisse, die besonders in Bayern ein überaus lebhaftes und erregtes Echo fanden. Gerade die sachlichen Schwierigkeiten sind es gewesen, die der Reichsregierung die größte Zurückhaltung nahe legten. Bundeskanzler Schober kennt die Wünsche und Forderungen der österreichischen Wirtschaft und wird sie in Berlin, wie erwartet wird, mit dem Nachdruck vertreten, der sich aus seiner starken Persönlichkeit ergibt. Eine Annäherung ist äußerst schwer, jedoch nicht unmöglich. Bei allem Austausch von Freundschaften und Lebenswürdigkeiten, deren Zeuge wir in den nächsten Stunden sein werden, dürfen doch nicht die Inkompatibilitäten des soeben abgeschlossenen österreichisch-italienischen Freundschafts- u. Schiedsgerichtsvertrages und die wirtschaftlichen Differenzen zwischen der deutschen und österreichischen Volkswirtschaft übersehen werden.

Der Reichsaußenminister zum Besuch Dr. Schobers.

Wien. (Funkdruck.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius, in dem es heißt: Der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Schober in Berlin wird in ganz Deutschland als der Besuch eines guten Freundes begrüßt werden. Wir sehen in dem Bundeskanzler den Vertreter unserer österreichischen Brüder, wir sehen in ihm den aufrichtigen Freund des Deutschen Reiches. Seine Reise nach Berlin wird deshalb für uns nicht nur ein formeller Staatsbesuch sein, der allein das Interesse der Regierung und der politischen Kreise in Anspruch nimmt, sondern ein Ausdruck der Empfindungen, welche die staatslichen Grenzen voneinander geschiedener Teile des deutschen Volkes miteinander verbinden. Wir im Reich haben es mit herzlichster Genugtuung empfunden, daß es dem Bundeskanzler auf der Haager Konferenz vergünstigt war, Vorteile zu erreichen, die Oesterreich eine bessere und günstigere Entwicklung zu gewährleisten versprochen. Wer, wie ich, sich an Ort und Stelle über die reiche Arbeit des Bundeskanzlers in Haag und näherer Nähe hat überzeugen können, weiß die großen Verdienste, die er sich um das Land erworben hat, besonders zu würdigen. Wir werden die Gelegenheit des Zusammenstehens natürlich dazu benutzen, um uns über alle uns gemeinsam berührenden Fragen zu unterhalten. Dabei werden u. a. auch die in der beiderseitigen Öffentlichkeit gerade in der letzten Zeit so häufig erörterten Handelsvertragsverhandlungen eine Rolle spielen. Wenn ich, wie nicht zu leugnen ist, gewisse Schwierigkeiten mög-

lich der Vorverhandlungen ergeben haben, so legen sie nicht in einem Mangel an gutem Willen auf der einen oder anderen Seite, sondern in Umständen und Entwicklungen, für die weder das Deutsche Reich noch Oesterreich verantwortlich sind. Und niemand im Reich verkann, daß andere wirtschaftlichen Beziehungen zum österreichischen Reich von größter Bedeutung sind. Ich bin auch der festen Ueberzeugung, daß die Schwierigkeiten sich jetzt beseitigen lassen und daß die Handelsvertragsverhandlungen in naher Zeit zu einem beiderseitig befriedigenden Ergebnis gelangen werden. Das Willkommen, das die Reichsregierung dem Bundeskanzler hiermit zuzurufen, kommt von Herzen und findet im ganzen deutschen Volke anfrichtigen Widerhall.

Die Ankunft in Berlin.

Berlin. (Funkdruck.) Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober traf heute vormittag 8.58 Uhr in Begleitung des Generalkonsuls für Auswärtige Angelegenheiten Peter, Sektionschef Juntar, Konsul Bischof und des deutschen Gesandten in Wien Graf Serckenfeld auf dem Anhalter Bahnhof ein. In seinem Empfang hatten sich Reichsaußenminister Dr. Curtius, Staatssekretär Dr. Pänder, Ministerialdirektor Dr. Köpfe, der Chef des Protokolls Graf Tattenbach, Polizeipräsident Jürgel und Polizeidirektor Weis auf dem Bahnhofsplatze eingefunden. Ferner war der österreichische Gesandte Dr. Frank mit den Herren seiner Gefandtschaft, dem österreichischen Generalkonsul Dr. Kempner und zahlreichen Mitgliedern der bismarck-österreichischen Kolonie erschienen, die den Bundeskanzler mit Hurra-Rufen begrüßten. Schließlich waren der finnische und der litauische Gesandte auf dem Bahnhof anwesend. Eine Schupobereitschaft bildete bei der Abfahrt des Wagens des Bundeskanzlers zum Kaiserhof, wo Dr. Schober Wohnung genommen hat. Später. Der erfolgreiche österreichische Staatsmann, dessen Wirken in einer kaum fünfmonatigen Amtszeit dem deutschen Vaterland in Oesterreich die Einigung im Innern durch die Verfassungsreform und die Freiheit nach außen durch die Ergebnisse der Haager Konferenz gesichert hat, wird sich während dreier Tage in Berlin aufhalten, um im Gedankenaustrausch mit den deutschen Staatsmännern die brüderlichen Beziehungen der beiden deutschen Völker zu vertiefen. Von den führenden Stellen des Reiches ist dieser Bekundung ein feierlicher Rahmen bereitet worden.

Arbeitszeitbesprechungen bei der Reichsbahn.

Berlin. (Funkdruck.) In den letzten Tagen haben zwischen der Reichsbahnhauptverwaltung und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften Besprechungen darüber stattgefunden, in welcher Weise der Personalbestand dem zurückgehenden Arbeits- und Verkehrsanstieg angepaßt werden kann. Um eine Entlassung von Arbeitern zu vermeiden, wurde in den Besprechungen verabredet, die Arbeitszeit in den Reichsbahnausbesserungswerken durch den Ausfall leichter Wagenschichten zu kürzen. Dies soll so durchgeführt werden, daß in einem Zeitraum von 8 Wochen je nach der bisherigen Länge der letzten Wochenschicht entweder 4 Tage mit 6 1/2stündiger Arbeitszeit oder 3 Tage mit 8 1/2stündiger Arbeitszeit ausfallen. Das bedeutet, daß innerhalb des Zeitraumes von 8 Wochen die wöchentliche Arbeitszeit entweder bei 4 Wochen von 51 Stunden auf 45 oder bei 3 Wochen von 51 Stunden auf 42 1/2 Stunden vermindert wird.

Das Steueraufkommen des Reiches.

Berlin. (Funkdruck.) Die Einnahmen des Reiches im Monat Januar 1930 betragen aus Besitz- und Verbrauchssteuern 776,6 Millionen Reichsmark, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben 338,7 Millionen Reichsmark, zusammen 1115,3 Millionen Reichsmark. Mit Ausnahme des Steuerabzuges vom Kapitalertrag, der wegen des Hindernisses am 1. Januar 1930 23,0 Millionen Reichsmark mehr erbrachte als im Dezember 1929, weist das Januaraufkommen der übrigen Steuern gegenüber dem Dezembraufkommen nur unerhebliche Abweichungen auf. Veranschlagt waren insgesamt 9925 Millionen, davon für Besitz- und Verbrauchssteuern 6905 Millionen, für Zölle und Verbrauchsabgaben 3020 Millionen. Das Einkommen in den ersten 10 Monaten des Rechnungsjahres 1929 betrug im ganzen 7901 Millionen RM. und hält sich damit ungefähr im Rahmen der durch den Nachtragshaushalt vorgenommenen neuen Schätzungen.

Der Polenvertrag wieder in Front.

Der Beschluß des Reichskabinetts, doch auf der gleichzeitigen Verabschiedung der Reparationsvorlagen und des Polenvertrages zu bestehen, hat in Berliner politischen Kreisen eine starke Ueberraschung hervorgerufen, da man

bei. Berlin. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober wird von der reichsdeutschen Bevölkerung mit der herzlichsten Freude begrüßt. Die Ankunft des Herrn Schober erfolgte heute Sonnabend vormittag um 9 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof, wo er von dem Reichsaußenminister und den Beamten des Auswärtigen Amtes empfangen wurde. Der Bundeskanzler begab sich in das Hotel Kaiserhof. Er machte dann im Laufe des Vormittags einen Besuch bei dem Reichsaußenminister, darauf bei dem Reichsaußenminister. Sodann erwiderte der Reichsaußenminister den Besuch des Bundeskanzlers in der österreichischen Gesandtschaft. Um die Mittagstunde schlossen sich daran ein Besuch des Reichsaußenministers in der österreichischen Gesandtschaft bei dem Bundeskanzler, sowie eine Audienz des Bundeskanzlers bei dem Reichspräsidenten. Der Reichspräsident gab ihm ein Frühstück. Am Sonnabend abend findet Diner beim Reichsaußenminister statt. Am Sonntag früh besucht der Bundeskanzler die Messe in der Gedwigs-Kathedrale und unternimmt dann einen Ausflug nach Potsdam. Zur Mittagzeit erwidert der Bundeskanzler den Besuch des Reichsaußenministers und empfängt daran anschließend die österreichische Kolonie in der österreichischen Gesandtschaft.

Am Sonntag abend wird in der Staatsoper Unter den Linden „Höringold“ aufgeführt. Nach der Vorstellung findet Empfang in der österreichischen Gesandtschaft statt. Am Montag vormittag besichtigt der Bundeskanzler die Aukro-Daimler Werke. Daran schließt sich ein Frühstück beim österreichischen Gesandten. Am Montag nachmittag empfängt Herr Schober die Presse, am Abend gegen 7 Uhr verläßt der Bundeskanzler Berlin vom Anhalter Bahnhof aus.

Bundeskanzler Schober beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichspräsident empfing heute mittag den österreichischen Bundeskanzler Schober zu längerer persönlicher Unterhaltung. An dem Empfang schloß sich ein Frühstück, an dem die den Bundeskanzler begleitenden Herren sowie u. a. der bismarck-österreichische Gesandte Dr. Frank, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Reichspräsident Lohse, die Reichsminister Dr. Curtius, v. Guérard und Ordner und der deutsche Gesandte in Wien, Graf Serckenfeld, teilnahmen.

damit rechnet, daß es den oppositionellen Stimmen innerhalb der Regierungskoalition gelingen werde, eine Verhinderung der parlamentarischen Behandlung des Autondationsabkommens zu erreichen. Nach einer bisher unbefriedigenden Verhandlung aus Warschau soll der dortige deutsche Gesandte Ulrich Kauter inzwischen die materiellen Verhandlungen über das deutsch-polnische Handelsabkommen zu Ende geführt haben. Polen soll aber zu einer Ratifizierung dieses Vertrages nur bereit sein, nachdem Deutschland das Autondationsabkommen ratifiziert hat. Wenn sich diese Nachrichten bestätigen, dann würde das den Versuch bedeuten, einen neuen Druck auf Deutschland im Sinne der Annahme des Autondationsabkommens auszuüben. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß sich nach der Stellungnahme des Reichskabinetts im Reichstage eine schwache Mehrheit für das Autondationsabkommen zusammenfinden wird, bestehend aus der Sozialdemokratie und dem größten Teile der übrigen Regierungsparteien.

Die Zollerhöhungen für Kaffee und Tee.

Berlin. Mit Wirkung vom 5. März 1930 ab wird der Zoll für rohen Kaffee auf 160 RM., für nicht rohen ufm. Kaffee auf 300 RM. und für Tee auf 350 RM. erhöht. Kaffee und Tee, die sich am 5. März 1930 im freien Verkehr befinden, unterliegen einem Nachschuß, der für einen Doppelpentner Kaffee 30 RM., für einen Doppelpentner Tee 180 RM. beträgt. Vom Nachschuß befreit sind Kaffee und Tee im Besitz von Haushaltungsvorständen, die weder Kaffee verarbeiten, noch mit Kaffee oder Tee oder daraus hergestellten Getränken Handel treiben, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als je 5 Kilogramm beträgt. Formblätter für die Anmeldung von nachschußpflichtigem Kaffee und Tee, die vom 5. März ab binnen einer Woche zu erfolgen hat, werden von den Zollstellen unentgeltlich abgegeben.

Das Verfassungsausschussesgesetz.

Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Freitag die allgemeine Aussprache über den Entwurf 1 des Verfassungsausschussesgesetzes, also über die Frage, ob das Gesetz nur Berlin oder auch jugendliche Arbeiter umfassen soll, abgeschlossen. Die nächste Sitzung dürfte Ende nächster Woche stattfinden, ein bestimmter Termin wurde noch nicht festgelegt.